

# Italienische Bankenrettung: Ein erster Schritt zur Verstaatlichung europäischer Banken?

11.02.2017 | [John Browne](#)

Am 7. Dezember 2016 trat der italienische Premierminister Matteo Renzi zurück, nachdem er bei einem landesweiten Referendum über eine Änderung des parlamentarischen Systems eine Niederlage erlitten hatte. Diese jüngste Äußerung der anti-europäischen Stimmung, die sich über den Kontinent verbreitet, war in Italiens problemgeplagtem Bankensektor deutlich spürbar. Insbesondere die Banca Monte dei Paschi di Siena steht schon seit längerer Zeit am Rande des Zusammenbruchs und könnte nun unter Umständen zu einer Fallstudie für andere europäische Staaten werden.

Die Einführung des Euro hatte es selbst den Mitgliedsstaaten mit schlechter Finanzlage - wie Italien - erlaubt, zu niedrigeren, "nordeuropäischen" Zinssätzen Geld zu leihen, als das bei ihren nationalen Kreditratings normalerweise der Fall gewesen wäre. Die Kreditnehmer konnten zudem zu erstaunlich geringen, manchmal sogar negativen Zinsen die enormen Mengen an Liquidität anzapfen, die die Zentralbank im Rahmen ihrer quantitativen Lockerungen geschaffen hatte. Wie vorherzusehen war, hat das zu massiven Fehlallokationen von Kapital und potentiell notleidenden Darlehen in Milliardenhöhe geführt.

Das Problem der italienischen Banken wurde verschärft, als der Rücktritt der Regierung unter Renzi die Möglichkeit aufwarf, dass eine neue Staatsführung Italiens Austritt aus der EU und die Wiedereinführung der Lira anstreben könnte. Mit einer eigenen Währung könnte die künftige Regierung das Geld dann nach Belieben abwerten, um die riesigen Schulden des Landes zu bezahlen. Angesichts der Möglichkeit, dass ihre auf Euro lautenden Bankeinlagen in Lira umgewandelt und dadurch deutlich an Wert verlieren könnten, ist es vorstellbar, dass der ein oder andere es vorzieht, sein Vermögen in deutsche Banken auszulagern, wo es nicht derartigen Risiken ausgesetzt wäre. (Die EU-Gesetze stellen kein Hindernis für grenzüberschreitende Bankgeschäfte dar.) Das ist ein eindeutiges Rezept für Bankenpleiten.

Einem Arbeitspapier des IWF aus dem Jahr 2016 (WP16135) zufolge, hat sich der Umfang der notleidenden italienischen Bankdarlehen seit 2008 verdreifacht. Als Gründe nannte es "die überschuldeten Unternehmen infolge der starken Produktionsrückgänge im Zuge der Krise, die allgemein geringen Kapitalrücklagen der Banken, das hochkomplexen Regelwerk zur Unternehmensumstrukturierung und -insolvenz, die langwierigen juristischen Prozesse und das Steuersystem, das bis vor Kurzem Anreize setzte, notleidende Kredite nicht abzuschreiben." Am 13. September 2016 schätzte Bloomberg basierend auf den Daten der EZB die Höhe der leistungsgestörten Kredite in Italien auf 394 Milliarden \$ bzw. auf 16,1% der Gesamtsumme in Europa.

Zudem haben die vergleichsweise ungünstigen wirtschaftlichen Perspektiven und eine starke Zunahme der Zuwanderung zu einem deutlichen Anstieg der Abwanderung aus Italien geführt, vor allem von jungen Männern. Der 2016 veröffentlichte OECD-Bericht International Migration konstatierte: "Die Bevölkerung verliert das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierungen, die Migration zu bewältigen." Zwischen 2010 und 2014 hat sich die Zahl der italienischen Emigranten mehr als verdoppelt. Auch das trug zum Rückgang der Bankeinlagen bei.

Italien zählt mit einem geschätzten Schuldenstand von 2,4 Billionen \$ bzw. 130% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 zu den am stärksten verschuldeten Ländern der Welt. Etwa die Hälfte dieser Schulden ist auf Regierungsausgaben zurückzuführen. Aus diesem Grund befindet sich das Land in keiner guten Ausgangslage, falls es eine sich rasch entfaltende und potentiell verheerende inländische Bankenkrise finanzieren muss.

Während der US-Bankenkrise von 2007/2008 reagierte die Regierung schnell auf einen möglichen internationalen Bankencrash und organisierte das Troubled Asset Relief Programm (TARP), um toxische Assets der Banken mit den Bail-out-Geldern der Steuerzahler zu kaufen. Politisch war das höchst unpopulär. Die EU und die Eurozone haben sich dagegen entschlossen, ihren Banken keine Hilfe zukommen zu lassen, während die toxischen Papiere und notleidenden Kredite weiter vor sich hin gären. Diese Entscheidung wurde vor allem von dem Unwillen Deutschlands beeinflusst, die eigenen Bürger für die Probleme ausländischer Banken haftbar zu machen.

Artikel 32 der EU-Abwicklungsrichtlinie legt fest, dass zuerst Aktionäre und Gläubiger die finanziellen Verluste tragen müssen, bevor nationale Regierungen einschreiten und Steuergelder einsetzen dürfen. Die neuen Regelungen wurden von der EU gemeinsam mit dem IWF und der EZB entwickelt, als es 2015 um die

Rettung der Banken Zyperns ging. Damals wurden sogar die Mittel einiger großer Bankeinleger zum Teil konfisziert, um das Überleben der Banken sicherzustellen. Für dieses Vorgehen wurde die Bezeichnung "Bail-in" geprägt.

Monte dei Paschi ist eine relativ kleine Bank. Per 30. Juni 2016 beliefen sich ihre Aktiva auf nur 182,9 Milliarden \$, womit sie international an 121. Stelle steht. Nichtsdestotrotz hat die Nachricht ihres möglichen Zusammenbruchs Schockwellen durch das italienische Bankenwesen gesendet. Die Krise scheint nicht eingedämmt zu sein. Italiens zweitgrößte Bank, UniCredit S.p.A, mit Kontoeinlagen in Höhe von fast 1 Billion \$, ist ebenfalls auf den Prüfstand geraten. Dem Kreditinstitut gelang es allerdings, die Zustimmung der Aktionäre zu einer Aktienzusammenlegung im Verhältnis 10:1 einzuholen und mit einer Bezugsrechtsemission neues Kapital in Höhe von 13,8 Milliarden \$ aufzunehmen. Die Kombination dieser Maßnahmen erfüllte die Vorgaben der EU-Richtlinie und hat das Vertrauen wahrscheinlich in ausreichendem Maße wiederhergestellt, um das Überleben der Bank ohne staatliche Unterstützung zumindest vorerst zu sichern.

Im Fall Monte dei Paschi liegen die Dinge ganz anders. Die Bank hat bis zum 21. Dezember mit der Erklärung gewartet, dass ihre Liquidität nur noch für vier Monate reicht. Die Aktionäre des Kreditinstituts erlebten Ende 2016 einen starken Rückgang des Gewinns je Aktie und den fast vollständigen Absturz der Kurse.

Die Situation wurde zusätzlich verschlimmert, weil nachrangige Anleihen an den italienischen Banken risikoscheuen Investoren als "solide Kapitalanlagen" verkauft worden waren, ähnlich wie die hypothekenbesicherten Wertpapiere, die die Wall Street ihren Kunden in den frühen 2000er Jahren andrehte. Da eine große Zahl durchschnittlicher Privatanleger nun ein Exposure gegenüber den Banken hat, ist die Angelegenheit auch politisch aufgeladen.

Am 21. Dezember 2016 bat der italienische Finanzminister Piercarlo Padoan das Parlament um die Genehmigung von Rettungsmitteln. Obwohl er vorgab, das Bankensystem des Landes sei "stabil und gesund", drängte er dennoch gleichzeitig zur Umsetzung staatlicher Restrukturierungspläne, damit die Banken "auf ihren eigenen Beinen stehen, Gewinne erzielen und die Wirtschaft finanzieren" könnten. Später am gleichen Tag stimmte das Parlament einem Rettungspaket über 20,8 Milliarden \$ zu. Goldman Sachs hatte allerdings zuvor geschätzt, dass fast 40 Milliarden \$ nötig wären, um das langfristige Überleben der Banken zu gewährleisten (Financial Times, R. Sanderson, J. Politi, M. Arnold, 21. 12. 2016.) Ein Londoner Analyst hatte den notwendigen Betrag noch höher beziffert.

Die unterschiedlichen und teils widersprüchlichen Daten im Zusammenhang mit der italienischen Bankenrettung machen es unwahrscheinlich, dass die tatsächlich zur Abwendung der eskalierenden Bankenkrise benötigte Summe bekannt ist oder in naher Zukunft bekannt sein wird. In der heutigen, eng vernetzten Finanzwelt, sind die Probleme der italienischen Banken nicht auf Italien oder auch nur auf die EU begrenzt. Schätzungen zufolge haben französische, deutsche, japanische, spanische, britische und US-amerikanische Banken ein Exposure von fast einer halben Billion Dollar gegenüber den Schulden der italienischen Banken.

In Frankreich, den Niederlanden, Deutschland und aufgrund des gescheiterten Referendums auch in Italien stehen in diesem Jahr wichtige allgemeine Wahlen bevor. Der Brexit hat zudem im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit einen Präzedenzfall dafür geschaffen, dass es möglich ist, der Umklammerung der EU zu entfliehen. Wenn es dem Vereinigten Königreich gelingt, die Union zu verlassen, wird die EU zudem ihre zweitgrößte Volkswirtschaft und deren finanzielle Beiträge verlieren. Die potentielle Erosion der EU-Mittel sowie die in letzter Zeit offenbarte Möglichkeit einer demokratischen "Revolution" wird fraglos dazu führen, dass sich die europäischen Bürokraten zunehmend darauf konzentrieren, eine politische Lösung für die Sorgen des italienischen Bankensektors zu finden.

In ihrer Gesamtheit sind die Probleme, mit denen sich die Banken Europas konfrontiert sehen, so gewaltig, dass sich womöglich selbst Bail-ins als politisch nicht haltbar erweisen. Eine Notlösung könnte die vorübergehende Verstaatlichung italienischer und eventuell anderer europäischer Banken darstellen. Den Politikern, Bankern und selbst den Investoren wird nach und nach dämmern, dass diese Option ein Mittel zur Vermeidung eines Finanz- und Währungscrashs und zur Sicherung der Einheit innerhalb der EU bieten könnte. Eine Verstaatlichung würde zudem nicht nur die Banken und ihre Kunden retten, sondern wäre auch eine Chance auf die Durchführung dringend benötigter Reformen und die Rückkehr zu einer vernünftigeren Kreditvergabe. Der jüngste Anstieg der Aktienkurse italienischer Banken könnte darauf hindeuten, dass diese Sichtweise an Akzeptanz gewinnt.

In Kombination mit dem "Krieg gegen das Bargeld" und dem steigenden Druck zur Errichtung eines globalen Besteuerungssystems würde die Verstaatlichung von Kreditinstituten zweifellos einen starken Eingriff der

Regierungen in die Finanzen und daher auch in das Leben ihrer Bürger bedeuten. Es wäre ein großer Schritt nach vorn für die globalistische Agenda.

© John Browne  
Senior Market Strategist

*Der Artikel wurde am 25. Januar 2017 auf [www.europac.com](http://www.europac.com) veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.*

*Für eine tiefgreifende Analyse dieser und anderer Themen abonnieren Sie Peter Schiffs kostenlosen Newsletter *The Global Investor*. Für weitere Informationen klicken Sie [hier](#).*

---

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](http://GoldSeiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/317897--Italienische-Bankenrettung--Ein-erster-Schritt-zur-Verstaatlichung-europaeischer-Banken.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

---

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!  
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).